

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Austritts von Produktionsverrechnungen, Entlohnungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Bezugspreis für die Nummer der Ausgabestelle sind die 6 Uhr mittags aufgegeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Bezugspreis für die 6 Uhr mittags 1 um jede Ausgabezeitung (6 Exemplare) 25 Pfennige; die 6 Uhr mittags 1 um jede Ausgabezeitung (6 Exemplare) 25 Pfennige; die 6 Uhr mittags 1 um jede Ausgabezeitung (6 Exemplare) 25 Pfennige. Umwillingen haben sich, wenn der Betrag verfällt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Umtaxmäßige Anzeigerbeiträge. — Anzeigen an der Spitze. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Besetzung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Seckstraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Winterlich, Riesa.

Poincaré's selbstgestellte Aufgabe.

Kammerkämpfe gegen Poincaré tragen ihr Schicksal angedeutet: Es gibt im ganzen französischen Parlament keine Persönlichkeiten, keine Parteiengruppen, keine Oppositionen, deren tatsächliche Geschlossenheit der des französischen Ministerpräsidenten nur einigermaßen gleichkommt. Besten Falles gibt es im französischen Parlament auch fast nie einen Oppositionskreis, wenn Poincaré ihn nicht selbst künstlich ausbeugt zum tatsächlichen Mittel seines Agierens gemacht hätte. Die parlamentarische Funktion des französischen Ministerpräsidenten ist über allen Zweifel erhaben. Er regiert mit der Nation, wenn es ihm beliebt, mit fast allen Parteien. Auch die Opposition ist nur da, seinen entscheidenden Schlägen das Fundament zu geben. Die letzte große Rede Poincaré's in der französischen Kammer war eine der vielen Beispiele auf dieses Beispiel. Die Kabinete stürzten. Er aber sagte ruhig: „Stürzt meine Stellung, aber bitte jetzt! In einigen Wochen werden die Verhandlungen der Sachverständigenauschüsse im Gange sein, und dann braucht Frankreich eine starke Regierung, ein parlamentarisches gut funktionierendes Kabinett. Wenn also eine Krise ausgeht werden soll, dann ist es höchste Zeit, wobei ich noch zu bemerken habe, daß meine selbstgestellte Aufgabe heißt: „Beendigung der Reparationsverhandlungen.“ Das ist mit anderen Worten so ungefähr der Sinn der letzten Kammerrede Poincaré's, einer Rede, mit der er zwei Fliegen auf einen Schlag kamme. Die Opposition, besser gesagt, die Mehrheit der Kammer, versuchte er davon zu überzeugen, daß er der berufene Führer Frankreichs im Reparationskrieg sei. Deutschland sagte er, wie er sich die Lösung dieses Streites denkt. Und da diese Lösung, um mit den Worten des Führers der Opposition zu sprechen, auch „radikales Geschehen“ ist, Poincaré also auf „radikalen Weisungen“ war, so war der Erfolg der Poincaré-Rede von vornherein gegeben. Der französische Ministerpräsident wird wieder einmal siegen. Der Sieg geht aber auf Kosten der deutschen Sache.

Die formulierte der französische Ministerpräsident seine Einstellung zum Reparationsproblem: „Wir haben uns für die gesamte Welt, in der wir an Amerika und England Zahlungen zu leisten haben, Summen ausbedungen, die hoch genug sind, um unsere Zahlungen zu decken, mit einem für unseren Wiederaufbau ausreichenden Ueberersch.“ Die alte Formel: „Schuldsumme an Amerika plus Kosten des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete ergibt deutsche Reparationsleistung an Frankreich.“ Eine sehr einfache und klare Rechnung, aus der man sich lediglich zu der Frage finden muß: weshalb dann überhaupt die Aussprüche des Expertenrates? Weshalb dann überhaupt die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit? Sie ist unverständlich nach der Denkart Poincaré's, denn seine Forderung hat er schon formuliert. Man hat zu beachten, daß die überwiegende Mehrheit der französischen Kammer diese Rechnung des französischen Ministerpräsidenten mit lautem Beifall quittierte. Daraus läßt sich folgern, daß die französischen Sachverständigen wohl kaum eines anderen Sinnes sein werden, daß sie also in der kommenden Aussprache die Ansicht vertreten werden, die der Ministerpräsident ihres Landes ihnen schon jetzt auf den Weg mitgegeben hat. Vergewissern man sich weiterhin die starke Annäherung Englands zu Frankreich in den letzten Monaten, ferner die rüstliche in Genf zwischen Italien und den anderen beiden Mächten hergestellte Einigung im Reparationsproblem, so wird man sich schon jetzt sagen können, nach welcher Richtung die Sachverständigenaussprache verlaufen wird. Die Weltöffentlichkeit hat in der vorigen Woche erst von dem die deutsche wirtschaftliche Lage so überaus günstig ausmalenden Jahresbericht Parler Gilbert Kenntnis genommen, sie konnte sich davon überzeugen, welche Wirkung dieses Dokument in Frankreich ausgelöst hat. Diese Vorwissen sind alle symptomatisch. Sie zeichnen klar und deutlich die Linie einer tüchtig berechneten Propaganda, einer sachlich geschickt fundierten Vorbereitungsarbeit der Reparationsgläubiger Deutschlands. Immerhin ist es gut, daß alle diese Erscheinungen schon jetzt das künftige Bild der Verhandlungen umschreiben. Man weiß wenigstens, wozu man ist. Man wird also keine Enttäuschungen erleben.

Selbstverständlich hat sich auch der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, in einer Erklärung dazu geäußert, festzustellen, daß die Höhe der Summen, die bereits mit 2 1/2 Milliarden Mark feststeht. Diese Behauptung des amerikanischen Präsidenten ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Erstens soll es ja unseres Erachtens gerade die Aufgabe des Expertenrates sein, auf Grund der Leistungsfähigkeit Deutschlands festzustellen, wie hoch die Annuitäten sich belaufen können. Und zweitens steht diese Feststellung Coolidges in einem starken Widerspruch zu der Erklärung Washingtons, daß Amerika keine offizielle Rolle im Gremium der Sachverständigenausschüsse spielen wolle. Wenn das offizielle Oberhaupt der Vereinigten Staaten noch vor dem Zusammentritt der Experten eine Feststellung in einer Frage macht, die heute noch strittig ist, so hätte nach dem Geheiß der Logik sein Land schon jetzt Stellung genommen. Eine solche Erkenntnis wäre außerordentlich betrüblich. Denn sie macht es fast zur Gewissheit, daß die Aussprache der Sachverständigen alles eher sein wird denn eine Aussprache. Denn aber hätte Deutschland dort nichts zu suchen.

Der Gilbertbericht hat uns weit zurückgeworfen.

Als der Jahresbericht des Reparationsagenten bekannt wurde, hatte man mit Recht die Befürchtung, dieser werde bei den Sachverständigen-Beratungen eine große Rolle spielen. Das scheint sich insofern zu bestätigen, als bereits bekannt wurde, daß die französischen Sachverständigen den Auftrag haben, ihre Untersuchungen und ihre Stellungnahmen an den Gilbertbericht anzuschließen. Wenn französische Industrie- und Bankkreise tatsächlich eine andere Auffassung bekannnten, wie sie der Gilbertbericht gibt, so sind sie nicht durchdrungen und vor allem nicht maßgebend. Jedenfalls erhält die französische Ansicht Stärke durch die Zustimmung in Washington, die noch durch die mündlichen Berichte, die Parler Gilbert bei seiner Anwesenheit in Amerika gegeben hat, verstärkt wird. Obwohl es einmütigen noch nicht bestätigt wurde und in Berlin sogar bereits ein Dementi vorliegt, kann man ruhig unterstellen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten Coolidge im Weißen Haus den Standpunkt vertritt, Deutschland sei in der Lage, die Jahresannuitäten von jeht 2 1/2 Milliarden zu zahlen. Die Sachverständigen hätten sich deshalb nur mit der Frage zu beschäftigen, wie hoch die Einblasse zu bemessen sei, die Deutschland noch aufzubringen habe. Selbst wenn sich diese Meinung, die aus guter Quelle kommt, nicht allein aus englischen oder französischen Nachrichtenbüros, nicht bestätigen sollte, so können wir doch den Eindruck nicht wehren, daß es sich hier um die Auffassung des Reparationsagenten handelt. Er hat unabweisend behauptet, Deutschland habe keine Schwierigkeiten, die jetzigen Jahreszahlungen aufzubringen. So wird es ihm gemäß Pflicht erschienen sein, in Amerika diese Ansicht zu unterstreichen und so ist es leicht erklärlich, wenn Präsident Coolidge im Weißen Haus eine Rede hält, die die Worte des Reparationsagenten wiederholt.

Die französische Presse stellt heute bereits die Tatsache dieser Forderung als wahr voraus und kommt zu dem Schluß, Deutschland könne sich also nicht darüber aufregen, wenn Poincaré den französischen Sachverständigen eine gesunde Paraphrase gibt. Präsident Coolidge hätte das auch getan. Dadurch sei eine gewisse Klarheit darüber vorhanden, wie die Sachverständigen arbeiten müssen und wie sie am besten zu einer Lösung kommen. Jedenfalls haben wir diese Wendung nur dem Gilbertbericht zu verdanken. Und wer in Deutschland noch leiserend der Ansicht war, man brauche sich über den Reparationsbericht nicht zu ereifern, sondern solle abwarten, ob er nicht, wie bisher, sich nur stillschweigend zu den Akten genommen wird, wird heute eines anderen belehrt. Der Bericht hat uns weit zurückgeworfen, obwohl es leicht sein wird, seine verschiedenen Schlüsse richtig zu stellen.

Mit vollem Recht weißt man in Berliner maßgebenden Kreisen bereits darauf hin, Deutschland könne, wenn auf der einen Seite Amerika nur die Einblasse der deutschen Zahlungsmöglichkeit festsetzen lassen wolle, und auf der anderen Seite die französischen Sachverständigen mit gebundener Paraphrase kommen, auf die Sachverständigen-Beratungen ruhig verzichten. Wir haben sie nur unter der Voraussetzung gefordert und uns mit Nachdruck für die endgültige Regelung der Reparationen eingesetzt, weil wir erwarteten, gleichzeitig mit der Endsumme die Feststellung zu erhalten, daß die jetzigen Jahreszahlungen von zweieinhalb Milliarden zu hoch seien.

Deutschland und Lettland.

abz. Berlin. Der Reichstagspräsident Ebe ist mit hoher Befriedigung von seinem Besuch der baltischen Staaten zurückgekehrt. Er war zunächst, wie er einem Vertreter des Nachrichtenbüros des Vereins Deutscher Zeitungspolier über seine Eindrücke mitteilte, außerordentlich überrascht und erfreut über die gastfreundliche Aufnahme, die er sowohl bei den Regierungen als in allen Teilen der Bevölkerung in Lettland und Estland gefunden hat. Ich habe mich ferner — so äußerte sich der Herr Präsident — getreu, zum wachsenden Einverständnis der Deutschen und der lettischen Kreise beitragen zu können, die während meiner Anwesenheit in der freundschaftlichen Weise zusammengewirkt haben, so daß ich anzunehmen kann, daß alte Mißverständnisse wohl im Abnehmen begriffen sind. Eine große Beobachtung habe ich vor der in zehn Jahren geleisteten Reorganisation des lettischen Staates, der Wirtschaft und der Finanzen gemacht, die selbst durch die Wirksamkeit des letzten Jahres keine Erschütterung mehr erfahren habe. Die auf neue Grundlage gestellte Landwirtschaft scheint sich nach allem, was ich in der kurzen Zeit sehen konnte, gut zu entwickeln und die ersten Schwierigkeiten überwunden zu haben. Die Jungwirte oder Neubieder haben sich offenbar schon bodenkundig gemacht. Mit großem Interesse habe ich die sozialpolitischen Zweige der Staatsverwaltung beobachtet, insbesondere die Kinderfürsorge; ich konnte ein mütterlich geleitetes Heim an der richtigen Stelle besichtigen und die Leistungen der Hilgen-Krankentasse sehen.

Bedenklich bleibt nur die starke politische Zersplitterung, die in 23 Parteigruppen zum Ausdruck kommt und die vielfach der politischen Konsolidation nicht sehr dienlich ist. Eine Zusammenfassung in weniger größere Blöcke von Parteien würde zweifellos den zur Staatsregierung notwendigen Verantwortlichkeiten ihre Aufgabe erleichtern. Nach dem Abzug der Russen aus Riga und den großen Schäden

Erit in den Dispositionen der beteiligten Regierungen keine andere Wendung ein und liegt die Befürchtung nahe, daß die heute obwaltende Meinung Amerikas und Frankreichs sich durchsetzt, so wird die deutsche Regierung die Sachverständigen mit Erklärungen begründen lassen, die den deutschen Standpunkt sofort kennzeichnen, daß Deutschland sich vorbehalten müsse, ob es die Verhandlungen über die Endregelung der Reparationsfrage überhaupt weiter verfolgen wolle. Es ist richtig, wenn wir von vornherein freie Hand haben, um später nicht durch die grundsätzliche Ablehnung der Sachverständigen-Berichte Uebertragung zu vermeiden.

Jeder 6. Deutsche arbeitslos!

Zahlen sind die Zahlen bekannt, die am 1. Januar amtlich über die Arbeitslosigkeit ermittelt wurden. Demnach zählte man Anfang des Jahres 1,7 Millionen Arbeitslose. Mitte Januar hat sich dieses Bild aber wesentlich verschlechtert. Bekanntlich schätzte man heute die Zahl der Arbeitslosen auf 2 Millionen. Ihnen zuzurechnen sind 250 000 Arbeitsunterstützte, die auch am 1. Januar vorhanden waren und deren Zahl wohl keine Erhöhung erfahren hat, des weiteren 750 000 Wohlhabendunterstützte. Am 1. Januar waren 500 000 vorhanden. Und gerechnet sind demnach durch die Unterhaltungsämter zur Zeit nicht weniger als 1 Millionen Arbeitslose nachgewiesen. Zu ihnen kommen diejenigen, über die es gar keine Kontrolle gibt, weil sie keine Unterhaltung zu beanspruchen haben. Da man damit zu rechnen hat, daß durch jeden Arbeitslosen mindestens drei weitere Familienangehörige betroffen werden, steht es unweigerlich fest, daß heute die erschreckend große Zahl von 12 Millionen Menschen in Deutschland unter der Arbeitslosigkeit leiden. Das wäre also, hoch angerechnet, ein Sechstel der deutschen Bevölkerung.

Dieses trübselige Bild gesehen, und die Gemischtkeit befehlend, daß täglich weitere Entlassungen erfolgen, wird auch auf diejenigen Eindrücke machen, die die deutsche Zahlungsfähigkeit noch immer mit so großem Optimismus betrachten und der Ansicht sind, aus Deutschland könnten noch viele Milliarden gepreßt werden. Es wird selbst den Reparationsagenten überraschen, wenn er von diesen Zahlen Kenntnis erlangt. Sie werden ja, sobald er wieder in Berlin ist, auf seinem Tische liegen. Der Versuch, diese erschreckende Arbeitslosigkeit auf die üblichen Saisonentlassungen zurückzuführen, muß mitschlagen, denn bei den zur Zeit arbeitslos gewordenen handelt es sich in der Hauptsache um Arbeiter und Angehörige aus der Industrie und dem Handel. Die Zahl der Saison-Arbeitslosen ist außerordentlich gering.

300 geforderte Tarifverträge.

Wie wir hören, sind augenblicklich etwa 300 Tarifverträge, vornehmlich von den Arbeitgebern gefordert worden, Kündigung läuft im Laufe des Januar, Februar und März ab. Obwohl in den meisten Fällen Verhandlungen bereits abgeschlossen worden sind, läßt sich heute schon übersehen, daß es bereits bei einer großen Zahl von Verträgen zu keiner Einigung kommen wird, und somit die Arbeitslosigkeit auch dadurch erheblich Zuwachs erfährt.

Der Nachfolger Dr. Simons.

abz. Berlin. Bekanntlich ist es eine beschlossene Sache, daß der erste Richter des Reiches, der Präsident des Staatsgerichtshofes und des Reichsgerichts, Dr. Simons, am 1. April aus seinem Amte scheidet. Man hat sich nun ausschließlich mit der Nachfolgefrage noch garnicht beschäftigt und doch werden, wie wir hören, bereits bestimmte Pläne verfolgt, die einwirken aber der Öffentlichkeit verborgen geblieben. Wir glauben bestimmt zu wissen, daß als Nachfolger Dr. Simons der frühere Reichsjuristenminister Dr. Well, der bekanntlich dem Zentrum angehört, in Aussicht genommen worden ist. Dr. Well ist kein Richter, sondern von Hause aus Rechtsanwalt. Deshalb mühte seine Wahl schon überraschen, da das erste Richteramt im Reich doch einen erfahrenen Richter fordert. Nach dem Kriege wurde Well Staatssekretär des Reichskolonialamts, also zu einer Zeit, als wir keine Kolonien mehr hatten. Er war Vizepräsident des Staatsgerichtshofes des Reichstags und auch Vizepräsident im Reichstag. In der Regierung Marx wurde er Justizminister. Andere Kandidaten sind auffälligerweise garnicht mehr genannt worden, sodas man mit der Ernennung Dr. Well's bestimmt rechnen darf.